

II-1533 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 878 1J

1991-04-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, DDr. Niederwieser
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend erleichterte Möglichkeiten privater Schuldenbefreiung

Nach einer Veröffentlichung in der Zeitschrift des Vereins für Konsumenteninformation "Der Konsument", Nr. 4/91 sind 120.000 österreichische Haushalte als überschuldet einzustufen. Eine Million Haushalte haben insgesamt Kredite in einem Umfang von 620 Milliarden Schilling aufgenommen.

Das Problem der zunehmenden Verschuldung von Privatpersonen ist allerdings nicht auf Österreich beschränkt. Auch in anderen westeuropäischen Industrienationen werden daher Möglichkeiten diskutiert, um die Folgewirkungen dieses Problems einzudämmen.

Im Justizministerium der BRD wird laut parlamentarischen Staatssekretär Reinhard Göhner an einem Gesetzesentwurf gearbeitet, der die Möglichkeiten eines vereinfachten Privatkonkurses vorsieht. Verbraucher und kleine Gewerbetreibende sollen eine sogenannte "Restschuldbefreiung" erhalten, wenn sie 7 Jahre lang den pfändbaren Teil ihres Arbeitseinkommens an einen Treuhänder abführen.

Im Bundesministerium für Justiz wird derzeit eine Reform des Lohnpfändungsrechtes vorbereitet. In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

A n f r a g e:

1. Sind Ihnen die in der Präambel angeführten Reformüberlegungen des Bonner Justizministeriums bekannt?

- 2 -

2. Wie beurteilen Sie diese Überlegungen?
3. Sind Sie bereit, die Möglichkeit eines vereinfachten Privatkonkurses auch in Ihre Reformbemühungen mit einzubeziehen?